Die Revolution und die Gewerkschaften…

Berlin:

Die Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW) ruft auf zur Demonstration und Kundgebung „Es ist 5 vor 12 – Altersentlastung sofort!“

5.April, 13 Uhr, Bhf Friedrichstraße

Warum sagen wir Euch das? Im folgenden ein Grundlagentext zu unserer Position zu Gewerkschaften:

Für alle jugendlichen Arbeiter_innen und Azubis sind Gewerkschaften von elementarer Bedeutung, wenn es um das Erkämpfen von Rechten, Streiken für mehr Lohn oder die Einhaltung von Arbeitsschutzbestimmungen geht. Gewerkschaften dienen der Arbeiterklasse als Kampforgane gegen die Kapitalisten für ihre gemeinsamen Interessen.

Doch tun sie das tatsächlich?

Leider sind die heutigen Gewerkschaften weit davon entfernt, so etwas wie Kampforgane zu sein. Allzu oft kungeln sie zusammen mit den Unternehmern Tarifverträge aus, die die Belegschaften spalten und mehr den Interessen der Kapitalisten dienen, als den Interessen der Beschäftigten. Dabei vertreten sie eine Politik, die meist an die SPD angelehnt ist oder aktuell sogar Hoffnungen auf die CDU/CSU setzt – diese Gewerkschaften betreiben keinen Klassenkampf, diese Gewerkschaften sind „Sozialpartner“ des Kapitals. Bei den letzten Tarifverträgen von IG Metall und Verdi haben die Gewerkschaftsbosse alles dafür getan, dass diese Sozialpartnerschaft mit dem Kapital erhalten bleibt – sie forderten erst gar keine Lohnerhöhungen, sondern hofften auf den guten Willen des Kapitals. Für die heutigen

Gewerkschaften ist es in erster Linie wichtig, dass die gut verdienenden Mitglieder ihre Jobs behalten. Schließlich finanzieren diese mit ihren Beiträgen auch den ganzen Apparat. Dieser Apparat „ernährt“ eine gut verdienende Funktionärsschicht, denen ihre soziale Stellung wichtiger ist, als sich mit dem Kapital anzulegen. Beschäftigte in prekären Arbeitsverhältnissen fallen dabei völlig vom Tisch, obwohl gerade sie die Hilfe am meisten brauchen! Für Jugendliche werden Gewerkschaften auch nicht attraktiver. Meist ziehen sie mit Trillerpfeifen durch die Gegend und ihre Demos erinnern eher an Volksfeste als an entschlossene Aktionen.

Die parasitären „Funktionäre“, welche sich lediglich um den Lohn und die Bedingungen einer besser gestellten Minderheit der Arbeiterschaft kümmern, versuchen schließlich mit allen Mitteln, die sie zur Verfügung haben, die kapitalistische Produktionsweise aufrecht zu erhalten. Sie bekämpfen offensiv alternative und kämpferische Fraktionen, Gruppierungen und Betriebsratslisten – ihre Interessen gehen mit dem Kapitalismus konform, sie leben von den Klassengegensätzen. Von Organisator_innen des Widerstands gegen das Kapital sind sie zu dessen treuem Verteidiger geworden!

Nicht wegschauen, Zähne zeigen!

Natürlich fragt man sich bei solchen Verhältnissen, warum man überhaupt noch Mitgliedsbeiträge zahlen und Mitglied in einer Gewerkschaft sein sollte. Berechtigte Frage. Antwort: Weil die Gewerkschaften immer noch das wichtigste Kampforgan der Klasse sind, um Angriffe (in der kapitalistischen Krise auch gerne mal Großangriffe) auf unsere Löhne, Sozialversicherungen, Infrastruktur, unseren Lebensstandard zurückzuschlagen. Wenn niemand mehr Mitglied ist, werden wir das schnell zu spüren bekommen.

Noch sind in den Gewerkschaften in Deutschland Millionen Arbeiter_innen organisiert, noch können die Gewerkschaften in Deutschland sich auch aktiv für die Klasse einsetzen. Solange dies der Fall ist, müssen wir auch die Rechte und Errungenschaften der Gewerkschaften verteidigen. Gerade in dieser Wirtschaftskrise üben die Kapitalisten enormen Druck gegen Löhne, Tarifverträge und betriebliche Mitbestimmung aus – wie Gewerkschaften in

einer Krise zerschlagen werden können, hat die deutsche Arbeiterklasse im Faschismus erfahren müssen. Daher hilft uns auch keine Abkehr von den gewerkschaftlichen Kämpfen, wie es Autonome und/oder Anarchisten gerne propagieren. Durch eine solche Politik bekämpfen sie die Bürokraten nicht. Im Gegenteil: die Abkehr aller kämpferischen und entschlossenen Kolleg_innen ist das Beste, was der Bürokratie passieren kann! Nur der gemeinsame Kampf mit der Basis, mit den Belegschaften, kann die derzeit bürokratische Führung ins Wanken bringen.

Gegen Trillerpfeife und Volksfest – für klassenkämpferische Gewerkschaften!

Mit unserer ganzen Entschlossenheit müssen wir zusammenstehen und in den Gewerkschaften arbeiten. Wir brauchen eine kämpferische Basisbewegung der jugendlichen und älteren Arbeiter_innen, der Angestellten und der Arbeitslosen. Nicht vereinzelt und unkoordiniert, nur durch gemeinsames Auftreten und Handeln können wir der Gewerkschaftsbürokratie die Macht aus ihren kalten, toten Händen reißen, die Gewerkschaften für unsere Klasse zurückerobern und etwas ganz anderes daraus machen.

Eine Gewerkschaft, in der nicht von irgendwelchen überbezahlten Bonzen entschieden wird, was zu tun ist, sondern alles der vollständigen Kontrolle der Basis unterliegt! Eine Gewerkschaft, die nicht nur bei Tarifverhandlungen ein bisschen Verbalradikalismus raushängen lässt und sich nationalistischen Standortlogikkonzepten verschreibt.

So eine Gewerkschaft kann die Interessen der Klasse bündeln und vertreten, kann in Betrieben, Ämtern und in den Stadtteilen Widerstand organisieren. Schon heute gibt es bei Arbeitskämpfen eine große Solidarität vor Ort, die aber immer wieder von den reformistischen Führungen beerdigt wird, sobald sie ihren faulen Kompromiss erreicht haben. Als revolutionäre Sozialist_innen müssen wir für den Aufbau einer Opposition in den Gewerkschaften kämpfen, müssen diese Organe der Klasse wieder zu Kampforganen machen!

Wir kämpfen für folgende Forderungen:

Für demokratische Gewerkschaften! Direkte Wähl- und Abwählbarkeit aller Funktionen!

Für einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn für alle Streikleitungen, Betriebsräte, Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre!

Für Massenmobilisierungen der Basis für Kampfmaßnahmen wie Streiks, Besetzungen und Demonstrationen!

Für Betriebsbesetzungen und den Aufbau von Arbeiter_innen-Komitees!

Nie wieder Faschismus!!!

Was wir aus der Geschichte des spanischen Bürgerkrieges lernen können

Der Kampf und der Widerstand gegen Faschismus, Rassismus und alle seine Ausprägungen ist heute wieder und immer noch eine der wichtigsten Aufgaben. Zu Recht ist es daher vor allem vielen Jugendlichen ein besonderes Anliegen, sich gegen die widerlichste Ausprägung aller bürgerlichen Ideologien mit Wort und Tat zur Wehr zu setzen. Auch in Deutschland hat die extreme Rechte längst wieder Fuß gefasst. Ihre rassistische Grundhaltung ist in der Gesellschaft angekommen (Stichwort Alltagsrassismus). Immer wiederkehrende Angriffe auf Migrant_innen und Antifaschist_innen zeugen davon, dass sie zunehmend gewaltbereit und auch besser organisiert ist.

Doch auch der Widerstand gegen die Neofaschisten wächst. Kein Naziaufmarsch findet ohne die breitesten Gegenmobilisierungen statt. Zuletzt konnte die antifaschistische Bewegung in Dresden den größten

geplanten Aufmarsch in Europa verhindern. Auch in Lübeck im März konnten die Nazis nur einen kleinen Bruchteil ihrer Route marschieren.

Mit der Krise des Kapitalismus und der relativen Schwäche der linken, revolutionären Kräfte ist auch mit einem Erstarken des Faschismus zu rechnen. Obwohl die Menschen heute über eine historische Erfahrung mit dem Faschismus verfügen, ist die Gefahr einer erneuten faschistischen Machtergreifung in Zukunft nicht auszuschließen (siehe z.B. die faschistische Partei „Alleanza Norte“ in Italien). In so einem Fall ist es Wort wörtlich lebensnotwendig, die richtige Antwort parat zu haben um die Faschisten zu besiegen! Deshalb sollten wir einen Blick auf die Geschichte werfen, wie es passieren konnte, dass die Faschisten in verschiedenen Ländern an die Macht gekommen sind.

Der spanische Bürgerkrieg

Der spanische Bürgerkrieg begann im Jahre 1930 mit dem Sturz der Militärdiktatur von Primo de Rivera und endete 1939 mit dem denkbar schlechtesten Ergebnis, der Machtergreifung durch die Faschisten mit General Franco an der Spitze. Der Ausgang war eine blutige, verheerende Niederlage der spanischen und der gesamten Arbeiterklasse weltweit. Hunderttausende, die jahrelang gegen den Faschismus gekämpft hatten, wurden verhaftet, verschleppt, ermordet. Die Reaktion schlug schonungslos auf die Aufständischen nieder, eine Katastrophe, von der sich die spanische Arbeiterbewegung bis heute nicht erholt hat.

Doch wie konnte das passieren? Der antifaschistische Widerstand war in Spanien weitaus höher entwickelt als beispielsweise in Deutschland. Nicht nur dass die Arbeiterklasse zusammen mit der Bauernschaft in Spanien einen heroischen Kampf ungeahnten Ausmaßes geführt hat, ja eigene Machtorgane (Räte, Komitees, Milizen) entwickelt und Städte (Barcelona, Valencia) sowie ganze Regionen (Katalonien) kontrolliert hat, nein, auch aus dem Ausland kamen etliche internationale Brigaden zu Hilfe um Seite an Seite mit dem spanischen Proletariat zu kämpfen!

In Katalonien, speziell in Barcelona, war die Arbeiter_innenkontrolle am

weitesten entwickelt. Dort besaß die Arbeiterklasse de facto die Macht. Die regionale Regierung, die „Generalidad“, war von dem Wohlwollen der „antifaschistischen Milizkomitees“ abhängig. Barrikaden wurde überall in der Stadt errichtet. In Lerida und Hostafrancos ergaben sich 1937 die Regierungstruppen den Arbeiter_innen. Anfänglich zur Verteidigung der noch jungen bürgerlichen Republik, merkten die Arbeiter_innen schnell, dass hier mehr zu holen war. Und trotzdem, am Ende siegte die faschistische Reaktion. Der Grund dafür lag in den katastrophalen Fehlern und dem Verrat der politischen Führungen. Um das zu verstehen und in zukünftigen Situationen dieselben Fehler zu vermeiden, müssen wir einen Blick auf die Geschichte werfen. Wir gehen hier auf die beiden zentralen Kräfte, die Stalinisten und die Anarchisten, ein. Der Einfachheit halber verzichten wir auf eine Darstellung der weiteren Parteien, wie Sozialdemokratie und der POUM, welche in trotzkistischer Tradition stand. Eine vollständige Erfassung der Ereignisse müsste eine Beurteilung dieser Kräfte natürlich beinhalten.

Der Stalinismus

Keine Frage: die Stalinisten trugen die Hauptschuld an der blutigen Niederlage des spanischen Widerstands! Sie erwiesen sich nicht nur als unwillig, den Widerstand und die Selbstorganisation der Arbeiter_innen und der Bauernschaft zu unterstützen, sondern sie avancierten zu dem größten Hindernis, ja den schärfsten Gegnern eben dieser Selbstorganisation. Hindergrund dafür bildet die Außenpolitik der Sowjetunion unter Stalin. Stalin hatte nach den Moskauer Prozessen (alle echten oder vermeintlichen innerparteilichen Gegner, die noch übrig geblieben waren, wurden hingemetzelt) Anfang der 1930er Jahre seine uneingeschränkte Macht gesichert. Er und die Bürokratie, mittels deren er herrschte, hatten kein Interesse an einer Ausweitung der Revolution, schon gar nicht wenn sie auf Machtorganen der Arbeiterklasse basierte. Stalin war vielmehr daran interessiert, einen Kuhhandel mit England und Frankreich einzugehen, um seine Stellung zu sichern. Dafür opferte er das spanische Proletariat auf dem Altar.

Um das Bündnis mit Frankreich und England zu suchen, musste die spanische Revolution im bürgerlichen Rahmen bleiben. Deshalb griffen Stalin

und seine Konsorten zu einer Form der Etappentheorie und erklärten, dass der Widerstand nicht gegen den Kapitalismus und für den Sozialismus gerichtet sein müsse, sondern gegen den Faschismus und für die bürgerliche Republik. Der Kampf für den Sozialismus stand nicht auf der Tagesordnung, wurde „nach hinten geschoben“, in eine ferne Zukunft. So kam es, dass die spanischen Stalinisten, welche sich Kommunisten schimpften, zu eisernen Verteidigern des Kapitalismus wurden!

Diese Politik fand ihre Ausprägung in der so genannten Volksfront („frente popular“), d.h. ein Bündnis mit den „demokratischen“ Sektoren der Bourgeoisie gegen den Faschismus. Dafür wurde die Losung der sozialistischen Revolution geopfert. In Spanien waren die Stalinisten in der PCE (Partido Communista de Espana) organisiert und über die Kommunistische Internationale aus Moskau dirigiert. Sie traten in die Volksfrontregierung zusammen mit den Republikanern und den Sozialdemokraten (der PSOE, Partido Socialista obrero de Espana) ein. Dort vertraten sie ein linksbürgerliches Wischiwaschi-Programm. Sämtliche Forderungen nach Arbeiter_innenkontrolle waren verschwunden. Sogar auf die Landreform, auf die Aufteilung des Grund und Bodens unter den Bauern wurde verzichtet. Lediglich Großgrundbesitzer, die offen mit den Faschisten kollaborierten, wurden enteignet. Das hatten sie aber gar nicht nötig, denn die Regierung mit der PCE stellte die Verteidigung ihres Besitzes gegen aufständische Bauern und Arbeiter_innen mit militärischer Gewalt sicher. Auch die koloniale Unterdrückung von Marokko wurde befürwortet!

So verhinderten die Stalinisten an vorderster Front den Widerstand der Arbeiter_innen, indem sie sie aufforderten, die Barrikaden zu räumen, ihre Waffen abzugeben und sich der bürgerlichen Polizei und Armee sowie der Regierung unterzuordnen. Durch diese Sabotage in den eigenen Reihen und die Demobilisierung wurde der Sieg der Faschisten erst möglich. Nachdem diese gewonnen hatten, wanden sich die einstigen Verbündeten der Stalinisten gegen sie. Sie hatten eine nützliche Rolle bei dem Sieg der Konterrevolution gespielt, jetzt konnte man sich ihnen entledigen. Und so kamen auch Tausende Stalinisten unters Messer. Demo Original aus Moskau konnte das jedoch egal sein. Die Schuld wurde dem republikanischen General

Miaja gegeben, welcher desertiert hatte.

Der Anarchismus

Anders war die Lage bei den Anarchisten. Der Anarchismus war in Spanien traditionell stark verankert, da bei dem Konflikt innerhalb der 1.Internationale zwischen Anarchisten (Bakunin) und den Kommunisten (Marx) die spanische Sektion mehrheitlich auf Seite der Anarchisten stand. Sie hatten einen führenden Einfluss innerhalb der Arbeiterbewegung. Organisiert waren sie während des Bürgerkrieges in der anarcho-syndikalistischen Gewerkschaft CNT (Comité Nacional del Trabajo) sowie der FAI (Federación Anarquista Iberiqua), welche innerhalb der CNT agierte und die eigentliche ideologische Führung war.

Im Gegensatz zu den Stalinisten befürworteten die Anarchisten die Massenaktionen der Arbeiter_innen und die Schaffung ihrer eigenen Komitees und Räte. Doch die Realität des Klassenkampfes hat sie sozusagen rechts überholt. Der Anarchismus lehnt im Gegensatz zum Marxismus jede Art von Machtausübung ab. Das führte zu dem Paradoxon, dass obwohl die Macht praktisch in den Händen der Arbeiter_innenkomitees war, diese sich unter der Führung der Anarchisten weigerten, sie zu ergreifen und auszuüben. Fabriken und landwirtschaftliche Betriebe wurden zwar zu Kollektiven zusammengeschlossen, aber der nächst logische Schritt, eine Koordination dieser und die Aufstellung eines nationalen Plans zur Produktion, der Aufbau einer demokratischen Planwirtschaft, wurde von den Anarchisten ausdrücklich abgelehnt! Sie arbeiteten im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft weiter.

Daraus ergab sich eine Doppelmachtsituation: wer bestimmt über die Produktion? Die Anarchist_innen glaubten, diese einfach damit zu lösen, dass die Kollektive für sich produzierten und es immer mehr Kollektive geben würde. Doch die Reaktion schläft nicht, und jede Doppelmachtsituation muss letztendlich für die eine oder andere Seite entschieden werden. Da diese Macht, gestützt auf die Arbeiterklasse, nicht genutzt wurde, um den Kapitalismus zu zerschlagen und zu ersetzen, war es letztendlich Franco, der die Situation genutzt hat.

Die CNT scheute den Konflikt mit der Regierung. Letztendlich forderte auch sie die Arbeiter_innen
dazu auf, ihre Waffen niederzulegen.

Lehren für heute

Warum stellen wir ausgerechnet diese beiden Strömungen, Stalinismus und Anarchismus dar? Zum einen spielten beide eine zentrale Rolle bei der Niederlage der Revolution. Zum anderen haben diese Ideologien auch heute noch bzw. wieder einen wichtigen Einfluss in der antifaschistischen Bewegung.

Wir stellen der Politik der Volksfront die Politik der Einheitsfront entgegen. Das heißt ein Bündnis zwischen allen Strömungen der Arbeiterbewegung, jedoch nicht mit offen prokapitalistischen Parteien. Dieses Bündnis muss geeint in der Aktion gegen die Faschisten sein, darf sich aber nicht der bürgerlichen Ideologie der Verteidigung des Kapitalismus unterordnen. Wir werden innerhalb dieses Bündnisses für eine revolutionäre Politik agitieren, da der Faschismus eine Ausdrucksform des Kapitalismus ist und letztendlich nur durch seinen Sturz besiegt werden kann.

In der Herangehensweise vieler antifaschistischer Aktivist_innen findet sich auch heute wieder unbewusst die Volksfront wieder: „Ja, wir sind ja auch für die Revolution, aber gegen die Faschisten stehen wir erst mal alle zusammen, das ist unser oberstes Ziel, und danach kämpfen wir gegen den Kapitalismus.“ Der spanische Bürgerkrieg und seine blutige Niederlage hält uns vor Augen, wohin eine solche Politik führen kann und führen wird.

Der Kampf gegen den Faschismus ist untrennbar verbunden mit dem Kampf gegen den Kapitalismus!

Einheitsfront statt Volksfront!

Griechische Gewerkschaft der Bankangestellten (OTOE) ruft zum Streik am 6.Mai auf

Ein Kollege der erstickten Angestellten:

Meinen KollegInnen gegenüber, die heute so ungerechterweise ums Leben gekommen sind, fühle ich mich verpflichtet, den Mund aufzumachen und ein paar objektive Wahrheiten auszusprechen. Ich schicke diese Erklärung an alle Medien. Jeder, der noch einen Rest von Gewissen hat, sollte sie veröffentlichen. Alle anderen können weiter das Spiel der Regierung spielen.

Die Feuerwehr hatte das besagte Gebäude nie feuerpolizeilich abgenommen, sondern es wurde ohne Genehmigung benutzt, wie bei praktisch allen Firmen in Griechenland.

Das besagte Gebäude hat keine Brandschutzvorrichtungen, weder tatsächlich installierte noch geplante, d.h. keine Sprinkleranlagen an den Decken, keine Fluchtwege oder Löschschläuche. Es gibt nur ein paar tragbare Feuerlöscher, die natürlich nicht ausreichen, um ein größeres Feuer in einem Gebäude mit längst überholten Sicherheitsstandards zu löschen.

Bei keiner einzigen Filiale der Marfin-Bank gab es jemals Brandschutzschulungen für die Beschäftigten, nicht mal zur Bedienung der wenigen Feuerlöscher. Die Geschäftsführung benutzt u.a. die damit verbundenen hohen Kosten als Ausrede und tut nicht das Mindeste, um ihre Angestellten zu schützen.

In keinem einzigen Gebäude gab es jemals eine Evakuierungsübung mit den Beschäftigten, ebensowenig wie Schulungen durch die Feuerwehr, wie man sich in solchen Situationen verhalten soll. Schulungen gab es bei der Marfin-Bank nur zu Szenarien von terroristischen Aktionen, und

dabei ging es speziell darum, wie die „Großkopfeten“ der Bank in so einer Situation aus ihren Büros fliehen können.

In dem besagten Gebäude gab es keinen speziellen Feuerschutzraum, und das obwohl es aufgrund seiner Bauweise in solchen Fällen sehr anfällig ist und obwohl es vom Fußboden bis zur Decke mit leicht brennbaren Materialien wie Papier, Plastik, Kabeln und Möbeln gefüllt ist. Wegen seiner Bauweise ist das Gebäude objektiv ungeeignet, um als Bank benutzt zu werden.

Niemand vom Sicherheitspersonal kennt sich mit Erster Hilfe oder Brandbekämpfung aus, obwohl die Sicherung des Gebäudes in der Praxis immer ihnen aufgetragen wird. Die Bankangestellten müssen sich je Laune von Herrn Vgenopoulos [dem Besitzer der Bank] in Feuerwehrleute oder Sicherheitspersonal verwandeln.

Die Geschäftsführung der Bank hat den Angestellten strikt verboten, heute zu gehen, obwohl sie selbst seit dem frühen Morgen immer wieder darum gebeten hatte – sondern zwangen die Angestellten auch dazu, die Türen abzuschließen und bestätigten telefonisch immer wieder, dass das Gebäude den ganzen Tag über abgeschlossen zu bleiben habe. Sie kappten sogar die Internetverbindung der Angstellten, um sie an der Kommunikation mit der Außenwelt zu hindern.

In Bezug auf die Mobilisierungen der letzten Tage werden die Angestellten der Bank inzwischen seit vielen Tagen vollkommen terrorisiert mit dem mündlichen „Angebot“: Entweder ihr arbeitet, oder ihr werdet rausgeworfen.

Die beiden Zivilbullen, die der besagten Filiale zur Verhinderung von Banküberfällen zur Verfügung gestellt wurden, sind heute nicht gekommen, obwohl die Geschäftsführung der Bank den Angestellten mündlich versprochen hatte, dass sie da sein würden.

So, meine Herren, nehmt eine Selbstkritik vor und hört auf herumzulaufen und so zu tun, als seid ihr schockiert. Ihr seid verantwortlich für das, was heute passiert ist, und in jedem

anständigen Staat (so wie die Staaten, die ihr ab und zu als

leuchtende Beispiele in euren Fernsehsendungen benutzt) wäret ihr für die oben genannten Aktionen schon längst verhaftet worden. Meine KollegInnen haben heute ihr Leben aus Böswilligkeit verloren: der Böswilligkeit der Marfin-Bank und von Herrn Vgenopoulos persönlich, der ausdrücklich sagte, dass jeder, der heute [am 5. Mai, dem Tag eines Generalstreiks] nicht zur Arbeit kommt, morgen erst gar nicht kommen braucht [weil er rausgeworfen werden würde].

Ein Angestellter der Marfin-Bank

griechisches Original

Welchen Sozialismus wollen wir?

Was ist unser Verständnis von Sozialismus?

Mai 2010, Sonderausgabe „Jugendinternationale“

In diesem Text wollen wir einige grundsätzliche Dinge unserer politischen Richtung ansprechen – was verstehen wir unter Sozialismus und was sind die Unterschiede zu anderen Strömungen und Gruppen?

Im Allgemeinen beschreiben wir diese Gesellschaft als kapitalistische Gesellschaft, in der eine Minderheit – die Kapitalisten (Bourgeoisie) – über die Produktionsmittel verfügen, sich den Profit aneignen und den bürgerlichen Staat mit Hilfe ihrer Parteien kontrollieren. Dem gegenüber

steht die Arbeiterklasse (Proletariat), die übergroße Mehrheit der Gesellschaft, die gezwungen ist ihre Arbeitskraft den Kapitalisten zu verkaufen. Da es sich bei Kapitalisten und ArbeiterInnen um zwei entgegengesetzte Klassen handelt, ist der Kapitalismus eine Klassengesellschaft. Das zu überwinden schreiben sich viele auf ihre Fahne, so auch wir, die die Lösung im Namen tragen – REVOLUTION!

Antikapitalistisch, Linksradikal, revolutionär?

Unter diesen Adjektiven sammeln sich recht viele Organisationen, speziell viele Jugendgruppen bejahen diese Beschreibungen. Das tut auch REVOLUTION, allerdings ergänzt mit den variierenden Begriffen „sozialistisch“ und „kommunistisch“. Damit wollen wir zunächst unsere politische Perspektive darstellen, für uns bedeutet Antikapitalismus, Radikalität und revolutionäre Ausrichtung immer auch den Kampf für eine andere Gesellschaftsordnung – den Sozialismus und Kommunismus.
Was ist eigentlich der Unterschied zwischen Sozialismus und Kommunismus – im wissenschaftlichen Sozialismus der Arbeiterbewegung (von den GenossenInnen des „Who is Who“) sind mit Sozialismus und Kommunismus zwei unterschiedliche Dinge gemeint. Der Sozialismus meint die „Diktatur des Proletariats“ – der Kommunismus quasi das Endziel, die klassenlose Gesellschaft.

Sozialismus ist daher die Gesellschaftsordnung, welche direkt einer sozialen Revolution folgt. Dort sind die Arbeiter_innen und die Jugend in Räten organisiert und kämpfen innerhalb einer revolutionären Partei gegen die Bourgeoisie, die ehemals besitzende Klasse. Diese „Diktatur des Proletariats“ ist daher die Herrschaft der Mehrheit einer Gesellschaft über die Minderheit, über die Reste der ehemals herrschenden Gruppen. In dieser Phase zerstört die revolutionäre Bewegung alle Grundlagen der kapitalistischen Klassengesellschaft, zerstört damit auch den bürgerlichen Staat und die kapitalistische Ordnung in der Produktion. Diese Schritte sind notwendig um eine klassenlose Gesellschaft, den Kommunismus aufzubauen. Hier gibt es dann keine Klassen mehr, die soziale Grundlage dafür wurde zerstört – alle Menschen können nach ihren Fertigkeiten und Bedürfnissen miteinander

leben, planen und produzieren.

Einige politische Gruppen, speziell aus dem autonomen oder anarchistischen Bereich wollen direkt nach einer Revolution (wobei der Weg dahin recht vielfältig sein kann) den Kommunismus quasi einführen. Dafür braucht es ihrer Ansicht nach auch keine Partei oder Internationale, keine jegliche Organisierung der revolutionären Massen, die Revolution gilt als spontaner und direkter Akt. Für sie kann eine Gesellschaftsordnung direkt in die andere übergehen, für sie stellt sich nicht die Frage des Sozialismus, der „Diktatur des Proletariats". Obwohl sich das recht verlockend anhört, ist es jedoch fern jeglicher Realität. Die Bourgeoisie wird nicht durch eine einzige Revolution geschlagen, schon gar nicht international, dafür brauchen die revolutionären Massen Organisationen, eine Partei, eine Internationale, eine Miliz – die, die jahrhundertelange Herrschaft der Bourgeoisie brechen können.
Das ist für uns eine revolutionäre Politik, natürlich gibt es bei den Begriffen einige Fragen a´la „wird das so wie in der DDR" oder „funktioniert ja eh nicht".

Vorbild DDR?

Für alle Gruppen die sich heute sozialistisch oder kommunistisch nennen, ist es wichtig sich zum sog. „real existierenden Sozialismus" zu verhalten. Für uns von REVOLUTION sind dabei zwei Punkte entscheidend –

a) im „Ostblock" herrschte kein Sozialismus, es gab keine „Diktatur des Proletariats",(ausgenommen die ersten Jahre nach der Oktorrevolution 1917 in der Sowjetunion) sondern allein eine Diktatur einer Bürokratie über die Arbeiterklasse. Die Räte wurden überall wo es welche gab, ausgeschaltet und stattdessen eine ruinöse zentralistische Planwirtschaft eingeführt, welche den Interessen der Bürokratie entsprach aber nicht den Interessen der Arbeiter_innen diente. Die Parteien und die Internationale (KommIntern – Kommunistische Internationale bis 1943) dienten nicht der Arbeiterklasse, nicht der internationalen Revolution, sondern allein den Interessen der herrschenden Bürokratie.

b) Dabei vergessen wir nicht die Errungenschaften der Oktoberrevolution.

Erstmals gelang es den Arbeiter –und Bäuer_innen gemeinsam mit einer revolutionären Partei, den Bolschewiki die Macht zu ergreifen. Dies taten sie gegen den Zaren und die Bourgeoisie. Die Enteignung der Produktionsmittel und damit der Bourgeoisie gehören zu den Ereignissen die wir auch heute im Rückblick auf den „Ostblock" verteidigen. Diese Staaten wurden „degenerierte Arbeiterstaaten" (Begriff Trotzkis), bei denen zwar die Kapitalisten entmachtet waren, die Arbeiter_innen aber von der Bürokratie gehindert wurden die „Diktatur des Proletariats" auszuüben.

In der Öffentlichkeit wird Sozialismus immer mit der DDR gleichgesetzt, dort heißt Sozialismus dann Mauerbau, keine Presse –und Meinungsfreiheit und alte Männer bestimmen die Partei und den Staat, meist über Jahrzehnte. Oft wird dabei vergessen, dass selbst dieser bürokratische Sozialismus eine Menge Vorteile gegenüber unserem „freien" Kapitalismus hatte. Es gab eine umfassende Sozial, Gesundheit –und Bildungsversorgung, keine Arbeitslosigkeit und – im Vergleich zum Kapitalismus – kaum soziale Unterschiede zwischen den Menschen. Dort gab es mehr Gleichheit als jemals zuvor in der Menschheitsgeschichte. Trotzdem bekämpfen wir heute Strömungen, die den Ostblock als sozialistisch verherrlichen, welche Stalin oder Mao als Revolutionäre abfeiern – diese Gruppen stehen nicht für einen revolutionären Sozialismus, diese Gruppen stehen für einen bürokratischen autoritären Sozialismusbegriff und nicht auf den politischen Grundlagen der Oktoberrevolution.

Wofür wir heute kämpfen

Heute müssen wir gegen eine kapitalistische Herrschaft kämpfen, die ihre eigenen Versprechungen wie „Freiheit" oder „Gerechtigkeit" täglich mit Füßen tritt und zur Karikatur macht. Einige kapitalistische Zentren wie die USA, EU und Japan haben die restlichen Kontinente unterjocht – Afrika, Asien und Lateinamerika dienen als Rohstofflieferant oder müssen billige Arbeitskräfte für die Großkonzerne des Nordens zur Verfügung stellen. Unsere Bourgeoisie eignet sich diese Profite an, beutet große Teile der Erde aus und ruiniert gleichzeitig die Lebensgrundlagen der Menschheit. „Freiheit" existiert dabei nur für die Bourgeoisie, wer sich dem entgegen

stellt wird mit Gewalt und Krieg überzogen, Gerechtigkeit gibt es für niemanden im Kapitalismus. Der Kapitalismus „funktioniert“ nur für eine Minderheit, die geschätzten 11 Millionen Einkommensmillionäre weltweit (Zahl nach Wirtschaftskrise möglicherweise gesunken) – für die anderen 6 Milliarden Menschen bedeutet Kapitalismus Ausbeutung, Unterdrückung und Entrechtung. Daher ist „Antikapitalismus“ für REVOLUTION untrennbar mit dem Kampf für Sozialismus verbunden, dieses bringen wir auch stets vor und erläutern unsere praktische Politik und unser Programm. Wir machen es nicht wie viele andere Gruppen, die zwar sich sozialistisch nennen aber nicht offen für ein sozialistisches Programm oder eine revolutionäre Praxis eintreten.

Diese Gruppen die wir als „zentristisch“ bezeichnen (kurz gesagt: von Revolution und Sozialismus sprechen, aber in der Realität nichts dafür tun) meinen oft, das die Menschen nicht soweit wären über Revolution und Sozialismus zu sprechen und daher solche Fragen erst später wichtig wären. Damit sind diese Gruppen sich oft einig mit den größeren „reformistischen“ Organisationen wie Gewerkschaften, Linkspartei oder SPD. Es mag überraschen, aber auch diese Gruppen sprechen davon den Kapitalismus überwinden zu wollen, bei Linkspartei und SPD findet sich sogar noch der Begriff „demokratischer Sozialismus“ im Programm wieder. Aber natürlich wollen diese Organisationen den Sozialismus nicht über eine Revolution herbeiführen, nein sie treten für kleine Verbesserungen im Kapitalismus ein und schüren dadurch die Illusion, dass der Kapitalismus reformierbar wäre.

Dadurch das sie nicht offen für ein revolutionäres Programm eintreten, dadurch das sie weiter Illusionen und Versprechungen innerhalb der Arbeiter_innen und der Jugend säen, sind
reformistische und zentristische Organisationen heute das größte Hindernis für eine revolutionäre Bewegung. In den täglichen Kämpfen müssen wir sie zu gemeinsamen Aktionen zwingen, ihre gescheiterten Konzepte entlarven und ihre Basis vom revolutionären Programm und revolutionärer Praxis überzeugen.
Nur dadurch ist es möglich eine revolutionäre Bewegung, eine revolutionäre sozialistische Partei aufzubauen – eine Partei die den Kampf gegen Kapital

und Staat organisiert. Dafür tritt REVOLUTION ein, das ist unser Verständnis von Sozialismus und Kommunismus.

Keine Zukunft ohne Sozialismus!

Kein Sozialismus ohne Revolution!

Keine Revolution ohne Partei!

---

8. Mai Wiesbaden: Naziaufmarsch verhindern!

8.Mai in Wiesbaden:

Naziaufmarsch verhindern!

Der 8.Mai wird als Tag der militärischen Niederlage und Zerschlagung des Hitlerfaschismus begangen. Gerade an diesem Tag wollen NPD, JN und die sogenannten „Freien Kräfte“ einen Aufmarsch veranstalten. Dazu tarnen sie sich als „Friedensbewegung“, und wollen gegen das neue Hauptquartier der US-Truppen in Wiesbaden auftreten.

Es ist dies eine Verhöhnung aller Opfer des 2. Weltkriegs..Dieser imperialistische Weltkrieg hat 55 Millionen Menschen das Leben gekostet, alleine 27 Millionen in der Sowjetunion. Die Rote Armee hat trotz der Politik Stalins dem Hitlerfaschismus den tödlichen Schlag versetzt, sie hat am 8. Mai 1945 Berlin, das Machtzentrum der Faschisten besetzt.

Ein breites Bündnis will gegen die Nazis demonstrieren. Völlig zu recht. Dies allerdings auf einer politisch total mageren Grundlage „Wiesbaden ist und bleibt bunt, es darf nicht braun werden“ Bunt ist Wiesbaden, es hat(t)e eine schwarz-Grüne Stadtregierung. Wir sollten den einzigen zur Aktion aufforderten Satz ins Zentrum stellen: **Keinen Fussbreit den Faschisten!**

Gegen Geschichtsverfälschung: **Der 2. WK war ein Krieg imperialistischer Staaten.**
Was am 1. September 1939 mit dem Überfall auf Polen begann und danach auch in Asien ausbrach, war ein Konflikt zwischen imperialistischen Mächten. Dieser Krieg war von allen Seiten reaktionär.

England, Frankreich und die USA förderten bzw. tolerierten die Aufrüstung Deutschlands. Es gab in all diesen Ländern „einheimische“ Nazis, hinter denen auch Teile der Bourgeoisie dieser Staaten standen. Wie kooperationsbereit die „demokratischen“ europäischen Bourgeoisien gegenüber den Nazis waren, zeigen viele Beispiele: das französische Vichy-Regime trieb tausende Juden für die Vernichtung zusammen; in allen besetzten westeuropäischen Ländern stützte sich die deutsche Herrschaft auch auf die „einheimischen“ Staatsapparate, das „neutrale“ Schweden belieferte die deutsche Kriegswirtschaft.

Entgegen den Erwartungen in London und Paris griff Hitler 1940 nicht die Sowjetunion an, sondern den kontinentalen Hauptrivalen Frankreich und versuchte – wenn auch erfolglos – auch Britannien zu besiegen. Dass ihm das nicht gelang, verweist auf den Widerspruch zwischen Deutschlands globalen Ambitionen und seinen begrenzten ökonomischen und militärischen Ressourcen.

Dass Hitler in wenigen Monaten halb Europa erobern konnte, ist nicht nur seiner Entschlossenheit, der effizienten Kriegsmaschine und dem Kriegsglück geschuldet; es erklärt sich auch aus den Widersprüchen zwischen seinen imperialistischen Rivalen und deren abwartender Haltung, die sich v.a. aus einer Quelle speiste: ihrem Antikommunismus. Sie hofften, dass sich Hitlers Aggression gegen die Sowjetunion, den verhassten ersten Arbeiterstaat der Welt, richten würde.

NPD und JN: Verlogene Heuchler

NPD und freie Kräfte sind Hilfstruppen des Kapitals gegen Arbeiterbewegung und Revolutionen. Genau das war die Aufgabe der Nazis und ist es im Kern bis heute geblieben. Dabei haben alle bürgerlichen Kräfte und die Imperialisten gegen die deutsche Revolution zusammengearbeitet, was, begünstigt durch die Politik Stalins, zu einer verheerenden Niederlage der kommunistischen und Arbeiterbewegung geführt hat. Damit war dem Faschismus endgültig der Weg geebnet.
Die aktuelle Politik der NPD wendet sich gegen die USA und gegen den die Beteiligung deutscher Soldaten am Krieg in Afghanistan mit der Parole „Kein deutsches Blut für amerikanische Interessen".

Die Neonazis machen sich zu Verkäufern der deutschen Rüstungsindustrie, wenn Sie sich folgendermaßen auslassen, „ wenn zur Nachrüstung ausgerechnet Fahrzeuge des US-amerikanischen Rüstungskonzerns General Dynamics bestellt werden sollen." Um ihre Klientel in der Bundeswehr zu beeindrucken, versuchen sie sich als Fachleute für Militärfragen aufzuspielen.

Die Neonazis behaupten, dass der deutsche Imperialismus keine eigenen Interessen in Afghanistan habe, dass die deutsche Regierung die Soldaten zwinge, den USA als Söldner zu dienen. Dabei sind deutsche Regierungen – egal ob SPD, Grüne , CDU, FDP – eine treibende Kraft im „Krieg gegen den Terror". Die deutschen Neonazis sind ein Bestandteil der Strategie des deutschen Imperialismus, die auf den Anti-Islamismus setzt und damit vorhandene antisemitische Vorurteile gegen Moslems richtet. Sie sind bei den Aktionen gegen Moslems und Minarette mit dabei.

Sie beklagen, dass den deutschen Soldaten "zudem noch durch das Mandat des Bundestages die Hände gebunden" sind. Es sei „grotesk, wenn man Soldaten in einen Krieg schickt und dann die Truppenführer im Einsatz die Rechtfertigungen für ihren jeweiligen Staatsanwalt ihres Heimatstandortes dokumentieren müssen". Sie rechtfertigen das Massaker von Kundus und fordern, dass die deutsche Angriffsarmee sich selbst durch eine „ eine eigene Militärgerichtsbarkeit" richten darf.

Die NPD fordert die „Ausarbeitung einer neuen Völkerrechtsordnung, die das generelle Interventionsverbot raumfremder Mächte als oberste Priorität aufweist!“ Was umgekehrt heißen soll, dass „raumnahe Mächte“ ihre Nachbarn überfallen und ihrem Volk „nahe Räume“ erobern dürfen, was der Auffassung deutscher Neonazis die Besetzung Polens, Teilen Tschechiens, des Balkans usw. entspricht.
Wie heißt es so schön auf der NPD-Hessen Homepage: „Nur ein handlungsfähiger Staat bietet Sicherheit für uns Deutsche!“

Keinen Fussbreit den Faschisten!

Gegen imperialistischen Krieg und Faschismus!

Antifa heißt Klassenkampf!

Ohne eine klar antikapitalistische Ausrichtung wird der Kampf gegen die Nazis erfolglos bleiben.

REVOLUTION stellt weitergehende Forderungen auf als nur das Verbot der NPD.

• Keine Plattform für Faschist_Innen.

• Für direkte Aktion von Arbeiter_Innen und Jugend, um den faschistischen Terror zu stoppen

• Für Selbstverteidigungsorganisationen und antifaschistische Milizen, verantwortlich
gegenüber der Arbeiterklasse und der Jugend.

• Vertreibt organisierte Faschist_Innen aus der Arbeiterbewegung!

• Die Abschaffung aller Einwanderungskontrollen – Kampf der „Festung Europa“!

• Die Schließung aller Abschiebelager für Asylsuchende und Flüchtlinge sowie menschenwürdige Wohnungen für alle Migrant_Innen.

• Gleiche Bürgerrechte für Alle – unabhängig von ethnischer Herkunft, Nationalität, Religion oder Herkunftsland!

• Streichung aller rassistischen Gesetze!

• Gleicher Lohn und Arbeitsbedingungen für alle Arbeiter_Innen!

• Das Recht auf Selbstverteidigung gegen rassistische Attacken für Farbige und Angehörige
nationaler oder ethnischer Minderheiten.

• Organisierte Aktionen der Arbeiterklasse, um faschistische und rassistische Terror-
bewegungen zu sprengen.

• Widerstand gegen jedes Anzeichen von Rassismus in der Ausbildung, in den Medien, am
Arbeitsplatz und im öffentlichen Dienst.

• das Recht für ethnische Minderheiten, sich innerhalb der Arbeiterbewegung zu organi-
sieren, um Rassismus und Diskriminierung aufspüren und bekämpfen zu können sowie
eigene Treffen (Caucus) abzuhalten.

• für eine multi-ethnische internationale Bewegung von Arbeiter_Innen und Unterdrückte
gegen den globalen Kapitalismus – für den Aufbau einer revolutionären Internationale
der ArbeiterInnenbewegung und der Jugend!

Gemeinsam gegen Krise, Krieg und Kapitalismus kämpfen!

1.Mai-Aufruf 2010 von Arbeitermacht und REVOLUTION

Die Krise sei vorbei, das „Schlimmste“ vorüber. Jetzt dürfe der „Aufschwung“ nicht gestört werden. So verkündet es die Regierung, so mahnen „Wirtschaftsweise“, die nie vergessen zu betonen, dass jetzt auch „gespart“ werden soll. Bei wem? Bei uns, den Beschäftigen, Erwerbslosen, SchülerInnen, Studierenden, RentnerInnen, MigrantInnen, Frauen. Die Krise geht weiter.

- Die Erwerbslosen sollen weiter entrechtet und das Hartz-IV System der Zwangsarbeit und Sanktionen verschärft werden.
- Billigjobs, Leiharbeit, ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse werden ausgebaut. Während die Zeitarbeitsbranche boomt, stagnieren oder brechen Tariflöhne auf breiter Front ein.
- Öffentliche Dienstleistungen von Schwimmbädern, über Kultureinrichtungen bis um Nahverkehr sollen weiter gekürzt, geschlossen oder privatisiert und verteuert werden.
- Die Kopfpauschale droht und damit die weitere Zerschlagung des Systems der Sozialversicherung.
- Die Rente mit 67 zwingt Menschen länger zu arbeiten und ihre Gesundheit vollständig zu ruinieren oder auf einen Teil der ihnen zustehenden Altersvorsorge zu verzichten.
- An Schulen und Unis drohen weiter Kürzungen und Privatisierungen. Das duale Ausbildungssystem liegt am Boden. Für immer mehr Jugendliche gibt es keine Zukunft. Die Jugendarbeitslosigkeit steigt und mit ihr die Hetze gegen arbeitslose Jugendliche.
- Mädchen, Frauen und MigrantInnen sind von der Entwicklung besonders stark betroffen.

Die Merkel-Regierung – und v.a. deren Speer-spitze FDP – will den Generalangriff ihrer Vorgängerregierungen auf die sozialen

Errungenschaften der Arbeiterklasse weiter forcieren. Der drohende Staatsbankrott in Griechenland, aber auch die dortigen Kämpfe und Massenstreiks gegen die Pläne von Staat, Kapital und der EU sind ein Vorbote kommender Klassenkämpfe. Die Frage ist: Schaffen es Staat und Kapital, die Kosten der Krise auf die Massen abzuwälzen, demokratische Freiheiten weiter einzuschränken, die Arbeiterbewegung und den Widerstand zu schlagen oder aber sind wir in der Lage, das zu verhindern?

Und die Gewerkschaften?

Angesichts der massiven Probleme und Angriffe, angesichts Hunderttausender, die bereits entlassen oder in Kurzarbeit sind, ist der Widerstand hierzulande bisher schwach. Der Hauptgrund dafür ist, dass die Führungen der Gewerkschaften, der SPD, aber auch der Linkspartei sich geweigert haben, den vorhandenen Widerstand auf der Strasse und in den Betrieben zu unterstützen, auszuweiten und die gesamte Klasse zu mobilisieren. Die SPD unter „Oppositionsführer“ Steinmeier blinkt zwar gelegentlich ein bisschen „linker“. Ansonsten gebärdet sie sich aber wie ein Koalitionspartner der CDU im Wartestand, der v.a. das Kapital überzeugen muss, dass er „vernünftiger“ regierten kann als Schwarz-Gelb.

Obwohl den Gewerkschaftsführungen die Basis wegbricht, stecken sie ihren Kopf weiter in den Sand und verkaufen „ihre“ Belegschaften im Bett mit den Unternehmerverbänden. Die IG Metall fordert neuerdings bei Tarifrunden schon gar nichts mehr, solange nur der „Standort“ samt „Kernbelegschaft“ erhalten bleibt. Diese Politik demobilisiert, desorientiert, spielt Beschäftigte gegeneinander aus, statt sie im Kampf gegen die Krise branchenübergreifend und international zu vereinen. Sie ist der Weg in die Niederlage. Sie wird die Regierungen und die Unternehmer nicht „besänftigen“, sondern zu weiteren Angriffen ermutigen. Die Linkspartei setzt dem wenig bis gar nichts entgegen. Kein Wunder, denn schließlich will sie nicht gegen den Verrat der Gewerkschaftsführer und der SPD kämpfen, sondern mit diesen – wie in den Landesregierungen Berlin und Brandenburg – ins Geschäft kommen.

Eine kämpferische Massenbewegung gegen die Krise ist notwendig!

Dabei ist die Regierung keineswegs unüberwindbar. Sie ist unbeliebt. Ihre „Reformen“ sind unpopulär. Millionen wissen, dass sie nur die Banken und Konzerne gerettet hat. Nicht nur die Regierung, sondern auch der Kapitalismus selbst ist in Misskredit geraten. Mehr noch: Die Bildungsstreiks in den letzten Jahren und die Uni-Besetzungen haben gezeigt, dass sich 100.000e zu wehren beginnen. 2010 wird die Bewegung weitermachen – in NRW am 5. Mai und mit dem bundesweiten Streiktag am 9. Juni. Diese Bewegung koordiniert sich inzwischen auch international, der Bolognagegengipfel in Wien im März war ein Anfang. Auch in den Betrieben gab es im letzten Jahr Protestaktionen, die mehr einforderten, als das sozialpartnerschaftliche Ritual vieler Konzernbetriebsräte und der Gewerkschaftsspitzen.

Doch diese Ansätze verpuffen nur allzu leicht und bleiben isoliert, wenn sie zu keiner Bewegung verbunden werden, die auch wirklich etwas bewegen kann, die eine Perspektive für die große Masse der Lohnabhängigen weist. Daher ist der Aufbau einer Bewegung gegen die Krise unbedingt notwendig.

Ohne die Millionen Beschäftigten, die von Entlassungen, Verzicht, Kurzarbeit, Zeitarbeit, Billiglohn und gleichzeitig von Überstunden und steigender Arbeitshetze betroffen und bedroht sind, kann kein ausreichender ökonomischer und politischer Druck entwickelt werden, um die Regierung und das Kapital in die Knie zu zwingen. Wir müssen uns der Aufgabe stellen, eine solche Bewegung aufzubauen, die in den Gewerkschaften, in den Betrieben, bei Arbeitslosen, Jugendlichen und MigrantInnen verwurzelt ist! Wir wollen alle Bereiche von Protest und Widerstand unterstützen und verbinden: Demonstrationen, Arbeitsniederlegungen, Besetzungen, Streik, die Bildungsbewegung, Kampf gegen Faschismus, Rassismus und imperialistischen Krieg! Dazu brauchen wir kämpferische, von der Basis direkt bestimmte und kontrollierte Strukturen wie Anti-Krisen-Bündnisse und Aktionskomitees. Diese müssen lokal verankert, bundes- und europaweit koordiniert werden!

Um das soziale Gewicht der Arbeiterklasse in die Waagschale werfen zu können, brauchen wir eine klassenkämpferische Opposition in Betrieb und Gewerkschaft – als Alternative zu den reformistischen Führungen! Eine

Bewegung, die für den politischen Massenstreik gegen die Angriffe eintritt, diesen von den Gewerkschaftsführungen einfordert und von unten zu organisieren beginnt.

Dafür gegen wir am 1. Mai auf die Straße! Deshalb unterstützen wir antikapitalistische oder klassenkämpferische Blöcke auf verschiedenen DGB-Demos! Deshalb rufen wir zur Teilnahme an den revolutionären 1. Mai-Demos auf! Deshalb treten für ein Sofortprogramm gegen die Krise ein, dass wir der gesamten Arbeiterbewegung vorschlagen:

– Kampf gegen alle Entlassungen! Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich!
– Weg mit den Hartz-Gesetzen! Mindestlohn von 11 Euro/Std. netto und steuerfrei, Arbeitslosengeld/Mindesteinkommen für RentnerInnen, Studierende, SchülerInnen ab 16 von 1.600 Euro/monatlich!
– Nein zu Kopfpauschale, Rente 67 und allen anderen Angriffe auf Sozialleistungen: Zwingt die Unternehmen und Vermögensbesitzer zur Kasse!
– Die Kapitalisten müssen zahlen! Entschädigungslose Eineignung der großen Konzerne und Banken unter Arbeiterkontrolle!
– Sofortiger Abzug der Bundeswehr und aller NATO- und EU-Truppen aus Afghanistan und allen anderen fremden Gebieten! Bundeswehr raus aus den Schulen und den Universitäten!
– Freier und kostenloser Zugang zu allen Bildungseinrichtungen – von der Kita bis zur Hochschule! Keine Privatisierung! Ausreichende Finanzierung der Einrichtungen durch den Staat! Kontrolle der Einrichtungen durch Komitees von Jugendlichen, Lehrenden/Erziehenden, Eltern und den Gewerkschaften!
– Nein zur rassistischen Hetze gegen Muslime und MigrantInnen! Keine Abschiebung von Flüchtlingen! Offene Grenzen und volle Staatsbürgerrechte für alle, die hier leben! Stoppen wir gemeinsam Aufmärsche der Nazis und Rassisten am 1. Mai und im ganzen Jahr!
– Solidarität mit dem Widerstand gegen imperialistischen Krieg und Besatzung! Gemeinsamer, europaweiter und internationaler Kampf gegen Abwälzung der Krisenkosten auf die Lohnabhängigen!

Vom Kampf gegen die Krise zum Kampf für die Revolution!

Ein solcher gemeinsamer Kampf wäre ein entscheidender Schritt, um aus der aktuellen Defensive in die Offensive zu kommen. Wir müssen uns dabei jedoch eines vor Augen halten: die aktuelle kapitalistische Krise kann nicht durch einen reinen Abwehrkampf, durch die Verhinderung von Einschnitten und Kahlschlag, auch nicht nur durch eine Reihe Reformen überwunden werden. Ein erfolgreicher Abwehrkampf wird vielmehr die Gegensätze in der Gesellschaft verschärfen. Schon jetzt schränken die Regierung und die Unternehmer demokratische Rechte ein, bauen Überwachung, Kontrolle und Bespitzelung in der Öffentlichkeit und den Betrieben aus.

Das zeigt, dass die Herrschenden wissen, dass es grundsätzlich darum geht, wer die weitere Entwicklung der Gesellschaft bestimmt: Kapitalisten oder Arbeiterklasse! Das sehen wir auch so. Wir wollen die Kämpfe gegen die Krise und deren Verursacher dafür nutzen, jene Kräfte zu stärken, die den Kapitalismus als Ursache von Ausbeutung, Unterdrückung, von Krisen, Krieg und Umweltzerstörung stürzen wollen. Wir wissen, der Kapitalismus wird immer Krisen hervorbringen. Er zerstört die Umwelt und damit die Lebensgrundlagen der Menschheit. Er verurteilt Millionen und Abermillionen zu Hunger, Armut, Elend und Tod. Die großen Mächte wie die USA oder Deutschland konkurrieren am Weltmarkt. Sie besetzen ganze Länder oder drohen ihnen mit Sanktionen und Krieg, wenn sie nicht willfährig zu Diensten sind.

Dieses System kann nicht „menschlich“ gestaltet und reformiert werden. Es muss beseitigt, es muss gestürzt werden, wenn wir eine Zukunft ohne Krise, Krieg und ökologische Katastrophen haben wollen.

Dazu ist eine politische Kraft, eine Organisation, eine neue, revolutionäre Fünfte Inter-nationale nötig, die dieses Ziel verfolgt, die den Kampf gegen die Krise, gegen aktuellen Angriffe mit dem Kampf zum revolutionären Sturz dieses Systems verbindet – mit dem Kampf für die sozialistische Weltrevolution.

Bundeswehr raus aus der Schule – Militarismus bekämpfen!

Bundeswehr raus aus der Schule – Militarismus bekämpfen!

Bericht von Aktion am Shadow Gymnasium Berlin

April 2010

Die Kooperation der Bundeswehr mit öffentlichen Stellen nimmt immer stärker zu – von Büros der Bundeswehr in Argen bis zu direkten Werbungsaktionen an Schulen und Unis tritt das Militär immer öfter als ganz „normaler Arbeitgeber“ auf.

So auch an Berufstagen , welche gemeinsam mit dem Arbeitsamt und Unternehmen regelmäßig an Schulen gemacht werden. Im Berliner Bezirk Steglitz-Zehlendorf stimmten in der BVV CDU und Grüne für die Aktionen der Bundeswehr an den Schulen – hier soll das Militär die künftigen Soldaten schon mal kennen lernen. Dies traf aber auf den Widerstand zahlreicher politischer Gruppen und Aktivist_innen, die eine Gegenkundgebung abhielten.

Aufgerufen hatte die örtliche Gruppe „Klassenkampf Südwest“. SDAJ, verschiedene Antifa Gruppen, „Bildungsblockaden einreißen“, Linkspartei, grüne Jugend, Friedens AG einer Steglitzer Schule (Fichtenberg), die IGM Jugend und REVOLUTION beteiligten sich an dem Protest und forderten in zahlreichen antimilitaristischen Redebeiträgen die Bundeswehr von den

Schulen zu vertreiben und dies auch als Teil des anti –militaristischen Kampfes zu sehen.

Sobald die Bundeswehr an unsere Schulen kommt werden wir da sein, werden gemeinsam mit den Schüler_innen die Mörder in Uniform denunzieren.

Ein Vertreter der IGM Jugend sagte:“ Im Krieg müssen Menschen aufeinander schießen, die sich nicht kennen und auch keine Probleme miteinander haben. Sie müssen das tun für Menschen, die sich kennen aber sich nie umbringen würden“. (Manchmal können auch offizielle Gewerkschaftsvertreter_innen was Gutes sagen…)

Wir hoffen dass diese Aktion ein Startsignal ist und wir überall das Militär so empfangen werden!

ONE SOLUTION REVOLUTION!

Protest gegen die Ausgrenzungsversuche des DGB am 1.Mai!

Offener Brief des Bündnisses „Wir zahlen nicht für eure Krise „ an den DGB-Ausschuss zur Vorbereitung der 1.Mai-Demonstration und Kundgebung

E-mail: andrew.walde@dgb.de

Zur Kenntnis an den DGB Berlin-Brandenburg, die IG Metall, Verdi, NGG, GEW, IGBCE, IGBAU und Transnet in Berlin

Protest gegen Ausgrenzungsversuche am 1.Mai

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Es verstößt unserer Meinung nach in elementarer Weise gegen den Grundsatz der Überparteilichkeit der Gewerkschaften und deren weltanschauliche Offenheit, dass vom DGB-Ausschuss zur Vorbereitung der 1.Mai-Demonstration und Kundgebung versucht wird, linke, revolutionäre und klassenkämpferische Kräfte auszugrenzen. So wird verschiedenen linken Parteien, Organisationen und Initiativen das Recht zur Durchführung von Informationsständen rund um das Brandenburger Tor verweigert. Gleichzeitig sieht der DGB-Ausschuss kein Problem darin, dies der SPD und CDU in Form ihrer Arbeitsgemeinschaften zu genehmigen. Im letzten Jahr wurde in Einzelfällen sogar Polizei und Ordner eingesetzt um solch undemokratische Ausgrenzungspolitik durchzusetzen. Linke Kräfte und Migrantenorganisationen, die sich mit eigenen Losungen und Forderungen an der DGB-Demonstration beteiligen, sollen zudem an das Ende der Demonstration verwiesen werden.

Der 1.Mai ist bekanntlich der internationale Kampf- und Feiertag der Arbeiterklasse und aller fortschrittlichen Kräfte, wo Millionen Menschen auf der ganzen Welt gemeinsam für ihre Forderungen und den Wunsch nach einer gesellschaftliche Alternative auf die Straße gehen. Dazu gehört selbstverständlich auch das Eintreten für den Sozialismus, auch wenn es dazu unterschiedliche Vorstellungen und Auffassungen gibt. Gerade heute, angesichts der kapitalistischen Weltwirtschafts- und Finanzkrise und der erst noch bevorstehenden umfassenden Abwälzung der Krisenlasten auf die Masse der Bevölkerung, sind starke Gewerkschaften und gemeinsames Handeln, über weltanschauliche und parteipolitische Grenzen hinweg notwendig. Deshalb werden sich verschiedene Organisationen und Teilnehmer unseres Bündnisses, auch dieses Jahr wieder an der DGB-Demonstration beteiligen. Für den 12.6.10 bereiten wir eine Demonstration in Berlin, mit bundesweiter Beteiligung vor. Sie steht unter dem Motto: „Die

Krise heißt Kapitalismus – Gemeinsam gegen Arbeitslosigkeit, Kopfpauschale und Bildungsabbau.“ Wir würden uns freuen, wenn sich daran nicht nur Verdi und die NGG-Berlin , sondern alle in Berlin vertretenen Gewerkschaften beteiligen.

Im Interesse des gemeinsamen Handelns möchten wir den DGB-Ausschuss zur Vorbereitung des 1.Mai auffordern, seinen undemokratischen, vom Antikommunismus beeinflussten Beschluss umgehend aufzuheben und verbleiben

Mit solidarischen Grüßen

Protest gegen den feigen Mord an einem Gewerkschaftsaktivisten in Honduras!

Solidaritätsaufruf

Protest gegen den feigen Mord an einem Gewerkschaftsaktivisten in

Honduras!

31.März 2010

Am Nachmittag des 23.3., um 16.30 Uhr, wurde der Gewerkschafter und Lehrer José Manuél Flores Arguijo ermordet. Drei maskierte Männer erschossen ihn vor den Augen seiner Schüler_innen, als er gerade eine Vorlesung hielt.

José Manuél Flores Arguijo war ein führender Gewerkschafter der Lehrer_innengewerkschaft und ein Gründungsmitglied der Sozialistischen Partei Zentralamerikas (Partido Socialista de Centro America, PSOCA). Er war außerdem Redakteur der Zeitschrift „El Socialista Centroamericano“ und Delegierter des Zentralamerikanischen Sekretariats der PSOCA.

Dieser feige Mord kann als direkte Folge des Militärputsches vergangenen Jahres gesehen werden. Seit der neue Präsident Porfirio Lobo im Amt ist (er wurde im November letzten Jahres durch eine Scheinwahl bestätigt), regiert die Bourgeoisie und das Militär vermehrt mit Repression gegen diejenigen, die sich gegen den Putsch gewehrt hatten. Die Gewerkschaft der Lehrer_innen war aktiv an der „Nationalen Front des Widerstands“ (Frente Nacional de Resistencia) beteiligt, die sich gegen den Militärputsch richtete und die Massen zum Widerstand mobilisierte. José Flores hat sein Engagement gegen den Putsch mit seinem Leben bezahlt.

Vergangenes Wochenende wurden auch zwei Journalisten in Honduras ermordet.

Der Mord kann auch im Zusammenhang mit den Plänen der Regierung gesehen werden, das „Statut der Lehrenden“ (Estatuto Docente) anzugreifen, welches die Arbeitsbedingungen für das Lehrpersonal in Honduras regelt. Auch die Angestellten an der Universität stehen im Fokus der Angriffe der Regierung. Da José Flores in diesen Konflikten zentral beteiligt war, ist der Mord eine unverhüllte Drohung an alle Aktivist_innen.

Während die Putschregierung das Land immer offensichtlicher mit Terror

überzieht, kündigte die USA über Außenministerin Hillary Clinton Anfang März bei einem Besuch an, dass sie die US-„Hilfsgelder“ für Honduras wieder aufnehmen werden. Diese waren seit dem Putsch im Juni vergangenen Jahres ausgesetzt worden. Außerdem rief Clinton die lateinamerikanischen Staaten dazu auf, die Regierung von Lobo anzuerkennen.

Wir fordern dass die Verantwortlichen für diesen feigen Mord zur Rechenschaft gezogen werden! Wir fordern, dass diese und die vergangenen Mordfälle aufgeklärt werden!

Wir sprechen unser tiefes Beileid für die Familie und die Angehörigen von José Manuél Flores Arguijo aus, sowie an die Gewerkschafter_innen und die Genoss_innen.

Wir fordern alle linken Organisationen und Einzelpersonen auf, diesen feigen Mord zu verurteilen und Solidaritätsbekundungen nach Honduras zu schicken!

Mail an: elsoca@elsoca.org und solidaridadinternacionalpsoca@gmail.com

Weitere Infos in Spanisch: Socialismo Revolucionario de Mexico

---

Bericht vom Bologna-Gegengipfel in wien

Bericht vom Gegengipfel in Wien

(11.3 – 13.3)

Als die EU Bildungsminister sich zum 10 jährigen Jubiläum des „Bologna Prozess“ in Wien und Budapest trafen, gab es von europäischen Aktivist_innen einen Gegengipfel auf dem Campus in Wien. Am 11.3 gingen mehr als 5000 Studierende und SchülerInnen auf die Straße gegen den Bildungsabbau, welcher unter der Überschrift „Bologna“ stattfand.

Die „Bologna“ – Reformen stehen für Kürzungen, Privatisierung und Studiengebühren, stehen für Verschulung und Verkürzung des Studiums – stehen für die Interessen der Wirtschaft in der Bildung. Der „Bachelor“ – Abschluss (BA) ist ein verlängertes Grundstudium. Der eigentliche Sinn dahinter ist, dass dadurch die Absolvent_innen schneller auf den Arbeitsmarkt kommen. Der „Master“ (MA) ist stark reglementiert, nur die Notenbesten des BA dürfen noch mal 2 oder 4 Semester studieren – Bologna bedeutet Einschränkung der Lehre und Selektion der Studierenden.

Dagegen gibt es seit vielen Jahren Protest und Widerstand an den Universitäten. Im letzten Herbst gab es eine Besetzungswelle in Österreich und Deutschland, sowie einzelne Besetzungen in Italien, Polen, Schweiz, Kroatien, Serbien, und den Niederlanden. Beim Gegengipfel in Wien sollten die weiteren Perspektiven der Proteste und unser Verständnis von Bildung diskutiert werden.

Positiv war, dass in Wien viele Aktivist_innen aus Europa anwesend waren(neben Österreich und Deutschland auch Italien, Spanien, Frankreich, Griechenland, Serbien, Kroatien), sich auch verschiedene europäische Gewerkschaften beteiligten und die politischen Gruppen meist offen auftraten (gegensätzliches geschieht öfter auf dt. Bildungskonferenzen). So gab es einen internationalen Austausch über die Erfahrungen im Bildungsstreik und auch einen starken antikapitalistischen Akzent bei Redebeiträgen und Forderungen.

Negativ war, dass es leider zu überhaupt keinem Ergebnis, keiner Erklärung oder gemeinsamer Perspektive kam. Am Freitag und Samstag gab es jeweils Podiumsdiskussionen, auf denen die studentischen Aktivist_innen eher spärlich vertreten waren – am Samstag sogar nur ein Genosse von REVOLUTION UK. Ansonsten traten die Gewerkschaften zwar kämpferisch auf, aber allerdings nur um für ihre eigenen Mobilisierungen zu werben, wie den Anti Lissabon Agenda Gipfel in Brüssel. Von der Vorbereitungsgruppe gab es keine Planung, was von dem Gipfel ausgehen soll, oder ob dieser Gegengipfel ein Anfang für weitere europäische und internationale Treffen sein soll. So wurden auch die am Samstag zahlreich veranstalteten Workshop nicht einer breiteren Masse vorgestellt – die Diskussionen und Ergebnisse blieben den Teilnehmenden vorbehalten.

REVOLUTION veranstaltete, zusammen mit der französischen Basisgewerkschaft „SUD Etudiants“ einen Workshop zum Thema Gewerkschaften und Bildungsstreik und die Frage des Aufbaus einer europäischen Schüler_innen- und Studierendengewerkschaft.
Für uns ist eine entscheidende Frage ob aus den zahlreichen internationalen Protesten mehr werden kann, als bloßer Erfahrungsaustausch. Natürlich ist auch das wichtig, natürlich zeigt auch dies noch einmal die internationale Perspektive von Angriffen und kann auch inspirieren und motivieren – aber politisch muss diese Bewegung den nächsten Schritt, d.h. den Aufbau von internationalen Proteststrukturen, voran treiben.

Die Besetzungen 2009 und der internationale Protesttag am 17.11. zeigten die Möglichkeiten des Widerstands auf (in Deutschland mit ca. 60 aktiven Unis, am 17.11 in mehr als 30 Staaten Proteste) aber gleichzeitig ihre taktischen und politischen Schwächen. Die Besetzungen waren selten eine Massenbewegung. Meistens getragen von 20-50 Aktivist_innen brachen die Besetzungen Anfang 2010 zusammen. Außer dem Protesttag am 17.11. gab es keine gemeinsamen internationalen Aktivitäten, es gab keine Treffen von den Aktivist_innen in den Unis (außer gelegentliche Besuche, oder regionale Konferenzen) – keine gemeinsame Struktur um den Protest zu verbreitern und auch keine gemeinsame politische Stoßrichtung.

Ebenso entfernten sich die Studierendenproteste schnell von den

Schüler_innenprotesten (Deutschland +Österreich), gemeinsame Kämpfe mit Azubis waren gar nicht vorhanden. Stattdessen haben wir in Deutschland z.B. Bildungskonferenzen, die keine Entscheidungen treffen wollen, die in endlosen Konsensdebatten die Bewegung hemmen und informelle Strukturen zwar munter erzeugen, aber davor zurück schrecken, der Demokratie durch Mehrheitsentscheidungen Geltung zu verschaffen.

Als nächstes internationales Treffen wird der „Education Congress“ vom 25. bis 30 Mai in Bochum wichtig. Gemeinsam mit internationalen Aktivist_innen organisiert das ISM (International Students Movement) diesen Kongress. Dias ISM ruft seit 2005 zu internationalen Protesttagen gegen Bologna auf, ihr Netzwerk erstreckt sich über alle Kontinente und ist derzeit die einzige Vernetzung des internationalen Protestes.

Wir rufen alle Aktivist_innen, Gewerkschaften und Organisationen dazu auf, sich an diesem Kongress zu beteiligen – dort können wir die Bewegung gegen Bologna weiterentwickeln. Es wird dort wichtig sein, gemeinsame Absprachen zu treffen und Perspektiven zu entwickeln. Wir brauchen ein Konzept zur Beteiligung der Schüler_innen und Azubis, wir brauchen ein politisches Selbstverständnis und eine gemeinsame Ausrichtung mit den sozialen Kämpfen gegen Kapitalismus und Krise.

No border, no nation – free education!

Nächste Termine im Bildungsstreik:

22.4. dezentrale Aktionen in NRW

5.5. Landesweite Demo in Düsseldorf(NRW)

13. –15.5. nächste bundesweite Konferenz Darmstadt

25.-30.5. Education Congress Ruhruni Bochum

9.6. Bundesweiter Bildungsstreik